

«Das geeinte Auftreten von Politik und Wirtschaft
hat uns einen Bonus verschafft»

**Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
mit Chefredaktor Günther Fritz
für das Staatsfeiertag-Magazin 2009
des Liechtensteiner Vaterlandes**

13. August 2009

Mit der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 haben sich Politik und Wirtschaft gemeinsam nach aussen gewandt und haben einen klaren Weg aufgezeigt, wie sich Liechtenstein im Bereich des Informationsaustausches in Steuerfragen in Zukunft positionieren möchte», erklärt Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein. Dieses geeinte Auftreten habe Liechtenstein einen Bonus verschafft. In den kommenden Monaten müssten jetzt die entsprechenden Schritte gemäss dieser Erklärung konsequent und mit der notwendigen Geschwindigkeit umgesetzt werden, ansonsten könnte dieser Bonus auch leicht wieder verspielt werden.

Durchlaucht, Kurzarbeit und Entlassungen in der Industrie sowie massive Abflüsse von Kundengeldern auf dem Finanzplatz zeigen, dass die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die nationale Finanzplatzkrise am Wirtschaftsstandort Liechtenstein tiefe Spuren hinterlassen. Sind die fetten Jahre für immer vorbei?

Ich würde nicht sagen, dass die fetten Jahre für immer vorbei sind. Wenn wir jetzt die richtigen Schritte setzen, dann haben wir in einigen Jahren durchaus wieder fette Jahre. Aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise und des Transformationsprozesses, in welchem sich der Finanzplatz derzeit befindet, wird es aber sicherlich so sein, dass wir im Vergleich zu unseren relativ verwöhnten Verhältnissen nun einige magerere Jahre vor uns haben.

Der österreichische Finanzminister Josef Pröll hat angesichts der Wirtschaftskrise zu seinen Landsleuten einmal gesagt: «Wir haben in Österreich stärker und früher gehandelt als andere Länder. Wir sind schneller in der Umsetzung und wir haben uns einen Österreich-Bonus erwirtschaftet.» Kann auch die liechtensteinische Bevölkerung auf eine Art Liechtenstein-Bonus zählen, um schneller aus der Krise herauszukommen?

Ich nehme an, mit der schnellen Umsetzung und dem Österreich-Bonus war vor allem die schnelle Reaktion gemeint, mit der für die österreichischen Banken ein Nothilfepaket geschnürt wurde. Dies war in Liechtenstein gar nicht nötig, wir hatten in dieser Hinsicht schon von Anfang an einen Liechtenstein-Bonus.

Was kann der Staat für die exportabhängigen Unternehmen überhaupt tun, damit diese die Krise besser meistern können?

Weil sich das Absatzgebiet für exportabhängige Betriebe vor allem im Ausland befindet, kann der Staat in einer Wirtschaftskrise, besonders wenn sie durch einen Einbruch der Nachfrage bedingt ist, eigentlich kaum Hilfe bieten. Der Staat kann nur generell für gute Rahmenbedingungen sorgen, sodass die Exportbetriebe im Vergleich zur internationalen Konkurrenz zumindest keine unnötigen Nachteile erfahren.

Inwieweit erwarten Sie sich von der Steuerreform eine Erhöhung der Standortattraktivität für Unternehmen und damit langfristig mehr Steuereinnahmen?

Ziel der Steuerreform ist es, ein einfacheres, attraktiveres und international kompatibles Steuersystem einzuführen, das für Unternehmen möglichst entscheidungsneutral ausgestaltet ist. Dies wird über verschiedene Elemente bewerkstelligt. So wird zum Beispiel auf der Unternehmensseite ein Einheitssteuersatz eingeführt und die Absetzbarkeit der Verzinsung des Eigenkapitals wird auf alle Unternehmensformen ausgedehnt. All dies erhöht die Planungssicherheit und damit die Attraktivität des Standortes, was langfristig sicherlich auch zu mehr Steuereinnahmen führen wird, als wenn man keine Steuerreform machen würde.

Kann sich der Staat die mit der Steuerreform vorprogrammierten Einnahmeherausfälle in den nächsten Jahren überhaupt leisten? Einige Gemeinden haben diesbezüglich ihre Zweifel angemeldet!

Je nach gewähltem Steuersatz werden die Simulationen der Steuerreform hohe, geringe oder gar keine Einnahmeherausfälle anzeigen. Allerdings können noch so gute Simulationen nie die Wirklichkeit abbilden. Die Erfahrung in anderen Staaten hat gezeigt, dass Umstellungen auf einfachere und attraktivere Steuersysteme meist mehr Einnahmen ergeben haben, als es die Simulationen erwarten liessen. Zusätzliche Einnahmen aufgrund der höheren Attraktivität lassen sich aber nicht seriös simulieren. Eine genaue Punktlandung kann man nicht erreichen.

Aus meiner Sicht wäre es daher sinnvoller, den Steuersatz eher niedriger zu halten und Einnahmeherausfälle zu riskieren, als dem Steuerzahler zu viel aus der Tasche zu ziehen und dann zu den Reserven zu legen. Es wäre vielmehr angebracht, allfällige Einnahmeherausfälle in einer Übergangszeit über die Reserven aufzufangen, zumal Liechtenstein nicht verschuldet ist, sondern bereits über hohe Reserven verfügt.

Mehr als gegen die globale Rezession kann die Politik wohl gegen die hausgemachte Finanzplatzkrise unternehmen. Inwieweit bedeutet die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 einen Bonus bei der Bewältigung der Folgen der Steueraffäre?

Mit der Liechtenstein-Erklärung haben sich Politik und Wirtschaft gemeinsam nach aussen gewandt und es wurde ein klarer Weg aufgezeigt, wie sich Liechtenstein im Bereich des Informationsaustausches in Steuerfragen in Zukunft positionieren möchte. Wenn wir Liechtenstein mit anderen Staaten in ähnlicher Situation vergleichen, so dürfen wir festhalten, dass es uns gelungen ist, sehr geeint nach aussen hin aufzutreten. Das hat uns einen Bonus verschafft. Wichtig ist jetzt, dass wir die entsprechenden Schritte gemäss unserer Erklärung in den kommenden Monaten konsequent und mit der notwendigen Geschwindigkeit umsetzen. Ansonsten können wir diesen Bonus auch leicht wieder verspielen.

Liechtenstein ist anfangs April auf der vom G20-Gipfel lancierten grauen OECD-Liste unkooperativer Staaten gelandet. Dass die mächtigen Staaten dabei nicht mit gleichen Ellen messen, sieht man daran, dass zum Beispiel Jersey, Guernsey und die Isle of Man auf der weissen Liste figurieren. Ist die Kleinheit Liechtensteins im aktuellen Wirtschaftskrieg also eher ein Malus?

Natürlich geht es bei der Erstellung dieser Listen nicht fair zu. Das mussten wir schon bei der Erstellung der ersten OECD-Liste erfahren, bei der keine OECD-Staaten auf der Liste erschienen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass einige G-20-Staaten jetzt sichergestellt haben, dass mit ihnen verbundene Jurisdiktionen nicht gelistet wurden.

Aus liechtensteinischer Sicht hat die jetzige Liste aber den Vorteil, dass diese Ungerechtigkeiten viel stärker an die Öffentlichkeit gekommen sind und daher auch mehr hinterfragt wurden. Zuvor bestand der falsche Eindruck, als gebe es einen grossen Unterschied zwischen OECD-Staaten wie die Schweiz, Luxemburg oder Österreich und Staaten wie Liechtenstein.

Welcher Weg von der grauen auf die weisse Liste ist für Sie erfolgversprechender, der Weg über das Betrugsabkommen mit der EU, also über ein dem OECD-Standard entsprechendes Abkommen mit 27 Staaten auf einen Schlag, oder jener über zwölf bilaterale Abkommen?

Aus meiner Sicht stellt sich die Frage so nicht. Wir haben mit der EU schon lange über das Betrugsabkommen verhandelt und werden jetzt nicht im letzten Moment einfach ohne guten Grund die Gespräche mit der EU abbrechen, solange wir der Meinung sind, dass ein sinnvolles Verhandlungsergebnis möglich ist. Andererseits setzen wir auch nicht nur auf die EU, sondern arbeiten gleichzeitig an bilateralen Abkommen. Welcher Weg schlussendlich erfolgreicher ist, wird sich zeigen. Ich halte es in dieser wichtigen Frage jedenfalls für sinnvoll, zweigleisig zu fahren.

Wie beurteilen Sie die Chancen, in bilateralen Abkommen, wie sie derzeit zum Beispiel mit England und Deutschland ausgehandelt werden, sinnvolle Lösungen für gewachsene Kundenbeziehungen und Regelungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung erzielen zu können?

Ich bin zuversichtlich, dass es gelingen wird, solche Lösungen zu finden. Mit dem einen oder anderen Staat wird es aber vielleicht etwas länger dauern, bis er den Vorteil unseres Ansatzes erkennt oder bis er innenpolitisch in der Lage ist, ihn umzusetzen.

Liechtenstein hat im Zuge der Steueraffäre einen Transformationsprozess in die Wege geleitet, der zu einem transparenten europäischen Finanzplatz mit steuerkonformen Investoren führen soll. Welchen Bonus, den andere Finanzplätze nicht haben, kann Liechtenstein den internationalen Kunden in ein paar Jahren dann aber noch bieten?

Liechtenstein ist ein politisch und wirtschaftlich extrem stabiles Land. Politisch können wir ein einzigartiges System bieten, indem eine politische aktive Monarchie zusammen mit einer starken direkten Demokratie und zwei wirtschaftsliberalen Grossparteien für sehr berechenbare und langfristig attraktive Rahmenbedingungen sorgen. Im Unterschied zu vielen anderen Offshore-Plätzen baut unsere Wirtschaft auch nicht nur auf dem Finanzdienstleistungssektor auf, sondern auf mehreren starken Wirtschaftssektoren.

Ausserdem können wir hier auch weiterhin einen viel besseren Schutz der Privatsphäre als andere anbieten, teilweise aufgrund besserer Gesetze, teilweise aber auch weil dieser bei uns kulturell ganz anders verankert ist als an anderen Standorten.

Schliesslich haben unsere Finanzdienstleister eine enorme Erfahrung in der Betreuung von anspruchsvoller Kundschaft. Dies wird auch immer wieder in internationalen Tests bestätigt und kann nicht einfach so leicht kopiert werden.

Der dramatische Schwund von Steuereinnahmen verlangt eine Konsolidierung des Staatshaushaltes, sonst sind die Reserven in wenigen Jahren aufgebraucht. Wo würden Sie den Sparhebel ansetzen?

Grundsätzlich würde ich überall sparen und jeden Posten des Staatshaushaltes auf seine Berechtigung hinterfragen. Eine solche Übung sollte auch immer wieder stattfinden, denn was in der Vergangenheit einmal sinnvoll war, muss es nicht unbedingt auch in der Zukunft sein. So ist es meiner Ansicht nach sicher richtig gewesen, die Post in neue Strukturen über zu führen. Auch in kleinen Dingen können immer wieder Einsparungen erzielt werden. Um grosse Einsparungen zu erreichen, wird es aber nötig sein, auch an die grossen Kostenblöcke dran zu gehen. Und dafür ist der Anfang einer Legislaturperiode sicher der richtige Zeitpunkt.

Welches sind die grossen Kostenblöcke?

Zu den grossen Kostenblöcken gehören der Personalaufwand, die Finanzaufwendungen an die Gemeinden, die Bildungskosten und die soziale Wohlfahrt.

Welche Lösungsansätze sehen Sie zur Eindämmung der permanenten Kostensteigerung im Gesundheitswesen?

Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen kann nur eingedämmt werden, wenn wir mehr auf die Eigenverantwortung der Nutzer des Gesundheitssystems setzen und dieser sich wieder stärker über die Folgen seines Handelns bewusst wird bzw. sie spürt. Ansonsten können wir die Kostenspirale im Gesundheitswesen nicht durchbrechen.

In den nächsten Monaten wird auf die Politik insbesondere die Frage zukommen, ob in Liechtenstein ein neues Landesspital gebaut werden soll. Was sagen Sie dazu?

Zuerst müssen wir uns über die Strategie der liechtensteinischen Spitalversorgung im Klaren sein und welche Aufgaben dabei dem Landesspital in Zukunft zukommen sollen. Je nachdem, wie die Strategien für die Spitalversorgung und das Landesspital lauten, bestehen wohl auch unterschiedliche Möglichkeiten, ein Landesspital möglichst kostengünstig zu führen. Diese Fragen sollten wir klären, bevor wir mit einem Bau beginnen.

Die beste Voraussetzung, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern, dürften nach wie vor gut ausgebildete junge Menschen sein. Inwieweit sehen Sie die aktuelle Lage am Bildungsstandort Liechtenstein nach dem Scheitern der Schulreform SPES I noch als Bonus für die Zukunft?

International gesehen, haben wir immer noch eine gute Ausbildung, die wir der Bevölkerung anbieten können. Wenn wir die PISA-Ergebnisse anschauen, sind wir noch vorne mit dabei.

Aber wenn wir uns langfristig einen Bildungs-Bonus bewahren wollen, dann ist es notwendig, bald eine grundsätzliche Bildungsreform umzusetzen.

Die Ablehnung von SPES I dürfte vor allem bestätigt haben, dass das Langzeitgymnasium erhalten werden soll. In welche Richtung sollte die Sekundarstufe doch noch reformiert werden?

Mein Eindruck, der mir von vielen bestätigt wird, ist, dass über viele Reformbedarfe Einigkeit besteht, wie z.B. über mehr Schulautonomie, ein besseres Selektionsverfahren von den Primar- in die Sekundarschulen und eine Lösung des Problems mit den Oberschulen. Der Streit konzentrierte sich auf die Frage Gesamtschule oder Weiterführung des Gymnasiums. Nachdem dieser Streit nun mit der Volksabstimmung entschieden wurde, sollte man jetzt daran gehen, jene Reformen umzusetzen, bei denen Einigkeit besteht, wie die Einführung einer weitgehenden Schulautonomie, das Aufheben der Schulbezirke und die Einführung eines besseren und gerechteren Finanzierungssystems für die Bildung.

Welche Vorteile brächte die von Ihnen immer wieder geforderte Einführung von Bildungskonten?

Unser heutiges Schulsystem auf der Sekundarstufe ist de facto ein Zweiklassensystem. Kinder von finanziell besser gestellten Eltern können ohne Probleme auf Privatschulen im In- und Ausland ausweichen. Die anderen jedoch nicht. Die Problematik dieses Zweiklassensystems könnten wir durch Bildungskonten beseitigen.

Ein zweiter Vorteil von Bildungskonten besteht darin, dass damit ein befruchtender Leistungswettbewerb unter den Schulen erleichtert wird. Durch Bildungskonten würden Privatschulen stärker in den Leistungswettbewerb eingebunden, was zu einer Qualitätsverbesserung des Bildungssystems führen würde.

Ein dritter Vorteil ist, dass wir das System der Bildungskonten auf Themenbereiche wie Tagesmütter und Kindertagesstätten ausweiten könnten. Über Bildungskonten könnte auf eine pragmatische Art sichergestellt werden, dass das Angebot den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Eltern möglichst gut entspricht.

Weiter könnte man die Bildungskonten auch im Bereich des Lehrlingswesens einsetzen. Man könnte da mehr Gerechtigkeit zwischen den Gymnasiasten und den Lehrlingen erreichen, indem beide Gutschriften auf ihrem Bildungskonto bekommen. Die Lehrlinge könnten diese Bildungsguthaben nicht nur für die Berufsschulen einsetzen, sondern auch für andere Kurse, die heute die Lehrmeister zu bezahlen haben. Oder sie könnten sie für die Berufsmatura verwenden.

Letztlich könnte man durch Bildungskonten auch in der Erwachsenenbildung Verbesserungen erreichen. Wenn jemand weiss, dass die Bildungsgutschrift verfällt, wenn er sie nicht nutzt, dann bedeutet das einen grösseren Anreiz, diese Mittel für Weiterbildung zu beanspruchen.

Durchlaucht, die Feierlichkeiten zum Staatsfeiertag sollen unter anderem auch die Besinnung auf die staatlichen Grundwerte fördern. Inwieweit könnte auch die spezielle liechtensteinische Staatsform ein Bonus für die Zukunft darstellen?

Neben der erwähnten grossen politischen Stabilität, die unsere Staatsform bietet, bringt sie andere Vorteile. Dadurch, dass der Fürst bzw. sein Stellvertreter sich nicht alle vier Jahre der Wiederwahl stellen muss, kann das monarchische Element in unserer Verfassung sehr gut eine hohe Kontinuität sicherstellen, ausgleichend einwirken, wenn sich die Parteien gegenseitig blockieren, zum Schutz von Minoritätsinteressen auftreten und sich für Themen einsetzen, die zwar kurzfristig unpopulär, langfristig aber von grosser Bedeutung für das Land sind.

Die direkte Demokratie wiederum erlaubt es uns, politische Entscheide sehr nahe am Bürger zu halten und parteipolitischen Kuhhandel zu vermeiden, wie sie in rein parlamentarischen Demokratien häufig vorkommen.

Schliesslich ist die starke Gemeindeautonomie ein Bonus. Auch sie erlaubt es uns, eine sehr bürgernahe Politik zu betreiben, indem viele Entscheide gar nicht erst auf Landesebene, sondern bereits auf Gemeindeebene getroffen werden können. So wird der Staat entlastet und kann sich auf die Kernfragen, die unbedingt auf Landesebene gelöst werden müssen, konzentrieren.

Welche Botschaft möchten Sie anlässlich des diesjährigen Staatsfeiertags, der in einem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gefeiert wird, der Bevölkerung mit auf den Weg in die nahe Zukunft geben?

Ich empfehle der Bevölkerung, diese wirtschaftlich schwierige Zeit, in der man vermehrt über die Gestaltung der Zukunft nachdenkt, als Chance für umfangreiche Reformen zu ergreifen. Dann können wir die kommenden Jahrzehnte ähnlich erfolgreich bewältigen, wie die vergangenen.